

Inhalt

Einleitung	1
------------------	---

Teil I

Das Forderungs- und Klagerecht des einzelnen Gesellschafters im Recht der Personengesellschaft

A. Rechtsstellung des Gesellschafters für Ansprüche der Gesamthand gegen Dritte	3
I. Einführung in die Problematik	3
II. Gesamthandsforderung und Gläubigermehrheiten im System des BGB	5
III. Kumulierte Rechtszuständigkeit der Gesamthand und des einzelnen Gesellschafters aufgrund materiellen Rechts	6
1. Standpunkt des Reichsgerichts zwischen Gesamthandsforderung und Forderungsgemeinschaft nach Bruchteilen	6
a) Teleologisch-extensives Verständnis des § 432 BGB für den Übergang vom Kollektiv- zum Individualrecht	6
b) Teleologisch-restriktives Verständnis des § 432 BGB für den Übergang vom Kollektiv- zum Individualrecht	7
c) Gesetzesanaloges Verständnis des § 2039 BGB für den Übergang vom Kollektiv- zum Individualrecht	9
d) Gesetzesanaloges Verständnis des § 744 Abs. 2 BGB für den Übergang vom Kollektiv- zum Individualrecht	9
e) Ergebnisorientiertes Verständnis der §§ 432, 2039 BGB für den Übergang vom Kollektiv- zum Individualrecht	10
f) Bewertung der Lösungswege	11
(1) Legalsystematische Sonderstellung des § 2039 BGB	11
(2) Auslegung nach dem Sinn und Zweck des § 2039 BGB	13
(3) Gesetzessystematische Unterschiede zwischen Gesamthandsgläubigerschaft und Mitgläubigerschaft	16
(a) Einfluss materiellrechtlicher Verfügungsbeschränkung auf die Prozessführungsbefugnis	16

(b) Mitgläubigerschaft und rechtsfähige Personengesellschaft	17
(c) Mitgläubigerschaft und Forderungsgemeinschaft nach Bruchteilen	18
(d) Mitgläubigerschaft und Gesamthandsbindung	19
(4) Einfluss der Geschäftsführungsregeln auf die Prozessführungsbefugnis	21
2. Standpunkt des Bundesgerichtshofs zwischen Gesamthandsforderung und Forderungsgemeinschaft nach Bruchteilen	22
a) Teleologisch-restriktives Verständnis des §432 BGB für den Übergang vom Kollektiv- zum Individualrecht	22
b) Berechtigte Eigeninteressen als Restriktionsausnahmen	23
c) Abgrenzung zur Rechtsprechung des Reichsgerichts	25
d) Bewertung der Lösungswege	26
(1) Interessenbewertung als pleonastische Anwendung des §432 BGB	26
(2) Kollektivinteresse an gemeinschaftlicher Forderungseinziehung als Schwachpunkt der Interessenbewertung	27
(3) Prozessrechtlicher Schuldnerschutz als Schwachpunkt der Interessenbewertung	28
(4) Ausgestaltung der Geschäftsführungsregeln als Schwachpunkt der Interessenbewertung	30
IV. Kumulierte Rechtszuständigkeit der Gesamthand und des einzelnen Gesellschafters aufgrund Prozessrechts	34
1. Standpunkt der Rechtslehre zwischen Gesamthandsforderung und prozessstandschaftlicher Rechtsverfolgung	34
a) Rechtsverfolgung durch Gesellschafter als notwendige Erhaltungsmaßnahme	34
b) Rechtsverfolgung durch Gesellschafter in einer „externen Gesamthänderklage“	38
c) Rechtsverfolgung durch Gesellschafter aufgrund ergänzender Vertragsauslegung	40
d) Rechtsverfolgung durch Gesellschafter gemäß § 309 Abs. 4, § 317 Abs. 4 AktG analog	41
e) Rechtsverfolgung durch Gesellschafter gestützt auf Treu und Glauben	42
2. Gesamthandsbindung als Grundlage der Befugnis einzelner Gesellschafter zur Prozessvertretung der Gesellschaft	44
a) Systemeinwände gegen die Rechtsverfolgung in Prozessstandschaft	44
b) Prozessvertretungsrecht einzelner Gesellschafter auf der Ebene der Gesamtgeschäftsführung und -vertretung	47
(1) Gesellschaftswidriges Verhalten als Verwirkungstatbestand	49
(2) Stimmverbote wegen Interessenkollision	50
(3) Prozessverbindung von Zustimmungs- und Leistungsklage	51
(4) Zustimmungsfiktion und richterliche Inzidententscheidung	51
c) Prozessvertretungsrecht einzelner Gesellschafter auf der Ebene der Einzelgeschäftsführung und -vertretung	55

d) Prozessvertretungsrecht einzelner Gesellschafter auf der Ebene nicht geschäftsführender Gesellschafter	56
B. Rechtsstellung des Gesellschafters für Ansprüche gegen Mitgesellschafter und Gesellschafter-Geschäftsführer	57
I. Einführung in die Problematik	57
1. Herkunft der <i>actio pro socio</i> aus dem Recht der Personengesellschaft	57
2. Problematik materieller Rechtsinhaberschaft für Binnenansprüche gegen Mitgesellschafter und Gesellschafter-Geschäftsführer	59
3. Dogmatische Unklarheit aufgrund legislativer Verbindung der römischrechtlichen <i>societas</i> mit dem Gesamthandsprinzip	60
II. Kumulierte Rechtsinhaberschaft des einzelnen Gesellschafters und der Gesamthand aufgrund materiellen Rechts	63
1. Standpunkt des Reichsoberhandelsgerichts zur <i>actio pro socio</i>	63
2. Standpunkt des Reichsgerichts zwischen Individualanspruch des Gesellschafters und Sozialanspruch der Gesamthand	64
a) Ausschließliche Rechtsinhaberschaft des Gesellschafters für gesellschaftsvertragliche Ansprüche	64
b) Erweiterte Rechtszuständigkeit des Liquidators für gesellschaftsvertragliche Ansprüche	65
c) Originäre Rechtsinhaberschaft der Gesamthand für gesellschaftsvertragliche Ansprüche	67
3. Standpunkt des Bundesgerichtshofs zwischen Individualanspruch des Gesellschafters und Sozialanspruch der Gesamthand	69
a) Materiellrechtliche Forderungskumulierung bei der Gesamthand und beim einzelnen Gesellschafter	69
b) Sublimierung der „Mitgliedschaft“ als Rechtsgrundlage der Einzelklagebefugnis	71
4. Standpunkt der Lehre zur Forderungskumulierung aufgrund eines Gesellschaftsvertrags zugunsten Dritter	72
5. Bewertung der Lösungswege	73
a) Dekonstruktion dualistischer Gesellschaftsgrundformen	73
b) Fehlen einer Rechtsgrundlage für die Umwandlung von Individualansprüchen in Sozialansprüche der Gesamthand	75
c) System- und Normenwidersprüche in der „neuen Systematik“ der Gesellschaftsgrundformen	80
III. Kumulierte Rechtszuständigkeit des einzelnen Gesellschafters und der Gesamthand aufgrund Prozessrechts	86

1. Charakteristik prozessrechtlich kumulierter Rechtsausübungsmacht	86
2. Rechtsverfolgung in Prozessstandschaft aufgrund ergänzender Auslegung des Gesellschaftsvertrages	88
3. Rechtsverfolgung in Prozessstandschaft als „interne Gesamthänderklage“	91
4. Rechtsverfolgung in Prozessstandschaft aufgrund Gewohnheitsrechts und als Minderheitenschutzrecht	93
5. Rechtsverfolgung in Prozessstandschaft als „Mitgliedschaftsklage“	98

Teil II

Das Forderungs- und Klagerecht des einzelnen Gesellschafters
im Recht der Kapitalgesellschaft

A. Rechtsstellung des Gesellschafters für Ansprüche der Kapitalgesellschaft gegen Dritte	101
B. Rechtsstellung des Gesellschafters für Ansprüche der Kapitalgesellschaft gegen Mitgesellschafters	103
I. Einführung in die Problematik	103
1. Rezeption der <i>actio pro socio</i> in das Recht der Kapitalgesellschaft	103
2. Verhältnis der <i>actio pro socio</i> zur körperschaftlichen Verfassung der Kapitalgesellschaft	104
3. Verhältnis der <i>actio pro socio</i> zur Rechtsinhaberschaft der Kapitalgesellschaft für Binnenansprüche gegen Gesellschafter	107
4. Verhältnis der <i>actio pro socio</i> zur Rechtsverfolgung von Binnenansprüchen gegen Gesellschafter durch Gesellschaftsorgane	109
5. Verhältnis der <i>actio pro socio</i> zum Mehrheits- und Minderheitsinteresse	111
II. Kumulierte Rechtsinhaberschaft der Kapitalgesellschaft und des einzelnen Gesellschafters aufgrund materiellen Rechts	112
1. Standpunkt des Reichsgerichts zwischen Sozialanspruch der Kapitalgesellschaft und Individualanspruch der Gesellschafter	112
a) Ausschließliche Rechtsinhaberschaft der Kapitalgesellschaft für Binnenansprüche gegen Gesellschafter	112

b) Erweiterte Rechtszuständigkeit des einzelnen Gesellschafters aufgrund einer „vertragsähnlichen Sonderrechtsbeziehung“	113
2. Standpunkt des Bundesgerichtshofs zwischen Sozialanspruch der Kapitalgesellschaft und Individualanspruch der Gesellschafter	114
a) Materiellrechtliche Forderungskumulation bei der Kapitalgesellschaft und beim einzelnen Gesellschafter	114
b) Subsidiarität der <i>actio pro socio</i> für eigene Forderungsrechte des Kapitalgesellschafters	118
c) Ablehnung des ITT-Urteils für das Verbandsinnenrecht in der Literatur	119
3. Standpunkt der Rechtslehre zur Forderungskumulation bei der Kapitalgesellschaft und beim einzelnen Gesellschafter .	120
a) Gesetzliche Ausfallhaftung als Begründung unmittelbarer Anspruchsbeziehungen zwischen Kapitalgesellschaftern	120
(1) Kollektive Deckungspflicht als gesamtschuldähnliche Sonderrechtsbeziehung zwischen Kapitalgesellschaftern	120
(2) Haftungsgemeinschaft ohne Gesamtschuldcharakter	122
(3) Begriff der „Zweckgemeinschaft“ als Leerformel	124
(4) Regressnorm § 426 BGB und Kondiktionsrecht	124
(5) Ausfallhaftung als gesetzliche Gründungssicherheit	125
(6) Geschäftsanteil und Sonderrechtsbeziehung	127
b) Gründungsvertrag als Begründung unmittelbarer Anspruchsbeziehungen zwischen Kapitalgesellschaftern	128
(1) Personalistische „Realstruktur“ der Gesellschaft und Vertragsbeziehungen zwischen Kapitalgesellschaftern	128
(2) Dekonstruktion der juristischen Person durch personengesellschaftsrechtliche Strukturmerkmale	129
(3) Fortbestand der juristischen Person trotz satzungsaufonomer Gestaltungsfreiraume	133
(4) System- und Normenwidersprüche in der „neuen Systematik“ der Gesellschaftsgrundformen	134
(5) „Personalistische Kapitalgesellschaft“ und „körperschaftliche Personengesellschaft“	140
c) BGB-Innengesellschaft als Begründung unmittelbarer Anspruchsbeziehungen zwischen Kapitalgesellschaftern	144
(1) Gesellschaftsgründung als personalistisch-körperschaftlicher Vorgang	144
(2) Systemwidrige Aufspaltung der Einheitlichkeit des Gründungsvertrags	145
(3) BGB-Innengesellschaft aufgrund doppelter Willensfiktion	146
d) Gesellschaftsrechtliche Treuepflicht als Begründung unmittelbarer Anspruchsbeziehungen zwischen Kapitalgesellschaftern	147
(1) Rezeption der personengesellschaftsrechtlichen Treuepflicht in das Recht der Kapitalgesellschaft	147
(2) Horizontale und vertikale Treuepflichten in Kapitalgesellschaften	151
(3) Begründungsmodelle zur unmittelbaren Treuepflichtgeltung zwischen Kapitalgesellschaftern	153

(a) Zweckförderungspflicht i.S.d. § 705 BGB als Wesenselement des gesamten Korporationsrechts	156
(b) Personalistische Ausgestaltung des Innenverhältnisses der Kapitalgesellschaft	157
(c) Treuepflichten zwischen Kapitalgeschaftern gestützt auf Treu und Glauben	161
(d) Wechselwirkung zwischen Rechtsmacht und Verantwortung	163
(e) Mitgliedschaftliches Gemeinschaftsverhältnis	168
(f) Treuepflichten aufgrund richterrechtlichen Gewohnheitsrechts	180
e) Mitgliedschaftliche Abwehrrechte als Begründung unmittelbarer Anspruchsbeziehungen zwischen Kapitalgeschaftern	181
(1) Pflichtverletzung gegenüber der Gesellschaft als „Eingriff“ in die Mitgliedschaft des Gesellschafters	181
(2) Systemwidrige Verdoppelung des Bezugspunkts der Pflichtverletzung	182
(3) Unbestimmtheit der „mitgliedschaftlichen Interessenbeeinträchtigung“	184
III. Kumulierte Rechtszuständigkeit der Kapitalgesellschaft und des einzelnen Gesellschafters aufgrund Prozessrechts	192
1. Standpunkt der Literatur zwischen Sozialanspruch der Kapitalgesellschaft und prozessstandschaftlicher Rechtsverfolgung	192
a) Rechtsverfolgung in Prozessstandschaft aufgrund mitgliedschaftlich vermittelter Verfügungsbefugnis	193
(1) Relativierung des Trennungsprinzips durch wirtschaftliche Vermögenszuweisung	193
(2) Relativierung des Trennungsprinzips mit der Lehre von der Einheitlichkeit der Gesellschaftsformen des Handelsrechts	198
(3) Relativierung des Trennungsprinzips mit der neueren Gesamthandslehre	199
(4) Relativierung des Trennungsprinzips mit der Genossenschaftstheorie	201
b) Rechtsverfolgung in Prozessstandschaft als Mitverwaltungsrecht und als Notgeschäftsführungsrecht	203
(1) Charakteristik der Begründungsmodelle	203
(2) Mitverwaltungsrecht in Prozessstandschaft als Minderheitenschutzrecht	204
(3) Mitverwaltungsrecht in Prozessstandschaft als Mitgliedschaftsrecht	205
(4) <i>Actio pro socio</i> als Notgeschäftsführungsrecht und als Hilfszuständigkeit in Prozessstandschaft	206
(5) Fehlen einer Rechtsgrundlage für das Notgeschäftsführungsrecht in Prozessstandschaft	211
2. Trennungsprinzip als Grundlage der Befugnis einzelner Gesellschafter zur Prozessvertretung der Gesellschaft	215
a) Gesetzliche Vorgaben des Kapitalgesellschaftsrechts	215

(1) Stimmverbote wegen Interessenkollision	216
(2) Bestellung besonderer Prozessvertreter im GmbH- und Aktienrecht	218
(3) Extensive Auslegung des § 46 Nr. 8 Hs. 2 GmbHG mit Bezug auf das Gesamtsystem der Vertreterbestellung	220
(4) Erweiterung des § 46 Nr. 8 Hs. 2 GmbHG auf Ansprüche gegen nicht geschäftsführende Gesellschafter	221
(5) Organschaftliche Prozessvertretung durch den allein stimmberechtigten Gesellschafter	224
(6) Kollision der Prozessvertretung mit der Organstellung des Fremdgeschäftsführers	226
(7) Grenzen teleologischer Erweiterung des § 46 Nr. 8 Hs. 2 GmbHG	228
b) Sperrwirkung der Vertreterbestellung gegenüber einer allgemeinen <i>actio pro socio</i> im GmbH- und Aktienrecht	230
 C. Rechtsstellung des Gesellschafters für Ansprüche der Kapitalgesellschaft gegen Mitglieder der Verwaltungsorgane	233
I. Einführung in die Problematik	233
II. Kumulierte Rechtsausübung der Kapitalgesellschaft und des einzelnen Gesellschafters aufgrund materiellen Rechts und Prozessrechts	233
1. Standpunkt des Bundesgerichtshofs zwischen Sozialanspruch der Kapitalgesellschaft und Individualanspruch der Gesellschafter	237
2. Standpunkt der Rechtslehre zwischen Sozialanspruch der Kapitalgesellschaft und prozessstandschaftlicher Rechtsverfolgung	243
Schlussbetrachtung und Zusammenfassung	248
1. Personengesellschaftsrecht	248
2. Kapitalgesellschaftsrecht (GmbH)	249
 Literaturverzeichnis	251
Sachverzeichnis	265